

Presseverlautbarung

Die Initiativen der dänischen Regierung zur gewaltsamen Kindesentziehung durch den Staat zeugen von ihrer zynischen Sicht auf die Menschen und ihrer Verachtung für die Muslime

Der dänische Fernsehsender TV2 veröffentlichte am 15. Januar einen Artikel mit dem folgenden Titel: *„Die Regierung will die Stadtgemeinden dazu verpflichten, Kinder, die in radikalisierten Umgebungen aufwachsen, (ihren Eltern) wegzunehmen.“* Der Artikel beschreibt, wie die dänische Regierung eine Kommission einrichten will, die *„Regeln aufstellen soll, mittels derer die Stadtgemeinden dazu verpflichtet werden, ein Kind oder einen Jugendlichen außerhalb ihres Elternhauses unterzubringen, sofern davon auszugehen ist, dass sie sonst in einer radikalisierten Umgebung aufwachsen würden.“*

Auch wenn diese verabscheuungswürdige Initiative unter dem Deckmantel der Erweiterung geltender Gesetze ins Leben gerufen wurde, die gegen ausländische Kämpfer gerichtet sind, beinhaltet sie allgemeine Formulierungen wie z.B. *„radikalisierte Umgebungen“*. Derartige Formulierungen öffnen eine Tür für Angriffe auf so ziemlich jede muslimische Familie, die die Werte des säkularen Liberalismus anprangert. Begriffe wie *„Radikalisierung“* und *„Extremismus“* werden von Politikern in übertriebener Weise verwendet, während sie über den Islam und die Muslime im Allgemeinen sprechen.

Dies ereignet sich nur wenige Wochen, nachdem Premierministerin Mette Frederiksen ihre Neujahrsrede hielt. Mehrere Analysten interpretierten diese als Aufruf zur gewaltsamen Kindesentziehung weiterer muslimischer Kinder durch den Staat.

Lars Trier Mogensen, ein politischer Kommentator, kommentierte die Neujahrsrede der Premierministerin mit den Worten: *„Es ist nicht möglich, ihre Worte fehlzuinterpretieren. Der härtere Umgang mit Eltern von Kindern, die fernab ihres Elternhauses untergebracht wurden, ist in Wahrheit eine Erweiterung des sogenannten Ghetto-Gesetzes. Die meisten Kinder, die ihren Eltern zukünftig gewaltsam entzogen werden, werden Kinder aus ausländischen Familien oder Flüchtlingsfamilien sein. Sie hat gerade eine neue sozialdemokratische Kulturschlacht begonnen, wobei die Sozialdemokraten zum ersten Mal die Angriffsposition einnehmen.“*

Diese Äußerungen zeugen von ihrer zynischen Sichtweise auf den Menschen und ihrer Verachtung für die Muslime. Einem Kind das Recht zu nehmen, mit seinen Eltern zusammenzuleben und umgekehrt, kommt dem Mord gleich, wenn man beides daran bemisst, wieviel Schaden einem anderen menschlichen Wesen dadurch zugefügt wird. Bereits zuvor hat sich gezeigt, wie Dänemark und andere europäische Länder im Namen der „Zivilisierung“ fremder Menschen mit anderer Denkweise ähnlich vorgingen. Ihre zynische Betrachtungsweise des Menschen hat sich offenbar nicht verändert.

Obwohl ernsthafte Probleme wie sexueller Missbrauch, Alkohol und extreme Gewalt in vielen dänischen Familien weit verbreitet sind, hat die Regierung beschlossen, sich nicht auf diese zu fokussieren. Die Premierministerin ist nicht der Ansicht, dass der sogenannte „gewaltsame Kindesentzug“ in solchen Familien zu selten stattfinden würde. Im Jahr 2018 führten dänische Stadtgemeinden 3871 Kindesentziehungen durch. Die Behörden erklärten diese Eingriffe mit 7354 Begründungen. Nur 7% davon bezogen sich auf elterlichen Missbrauch, nur 6% auf körperlichen Missbrauch, sexuellen Missbrauch oder eine andere Form des Missbrauchs der Kinder.

Zudem ist bekannt, dass die Bearbeitung von Fällen, in denen Kinder gewaltsam ihren Eltern entzogen werden, oft Mängel aufweist. Eine interne Untersuchung der Stadtverwaltung Frederiksberg ergab, dass die Bearbeitung in allen Fällen mangelhaft war. Die Regierung scheint diese Mängel allerdings nicht korrigieren zu wollen, wenn nicht zuvor alle Stadtgemeinden dazu verpflichtet wurden, dass die Kinder „radikalisierten Eltern“ diesen entzogen werden.

Sie sprechen von gewaltsamen Kindesentziehungen auf derart kalte Art und Weise, dass man meinen könnte, sie sprächen über die Kinder von Tieren im Zoo. Die dänische Premierministerin scheint von einem Staat wie China zu träumen. Die Behörden in Xinjiang können muslimische Kinder von ihren Eltern trennen, wenn sie der Ansicht sind, dass die Familie nicht chinesisch genug sei, bzw. Anzeichen von Extremismus zeigt.

Wir rufen alle Muslime dazu auf, sich solch fremdenfeindlichen Plänen, die auf die muslimische Gemeinschaft abzielen, zu widersetzen. Wir haben bereits zuvor miterlebt, wie anti-islamische Gesetze den Weg für noch extremere Gesetze gegen den Islam ebneten. Die gewaltsame Kindesentziehung kann in Zukunft möglicherweise gegen Muslime eingesetzt werden, um sie zu terrorisieren, wenn sie sich nicht assimilieren lassen. Dies ist es, was wir gegenwärtig in China beobachten.

Medienbüro von Hizb-ut-Tahrir / Dänemark

Website: www.hizb-ut-tahrir.dk

E-Mail: info@hizb-ut-tahrir.dk

Offizielle Website von Hizb-ut-Tahrir:

www.hizb-ut-tahrir.org

Seite des Medienbüros von Hizb-ut-Tahrir:

www.hizb-ut-tahrir.info